

## Fernziel Zivilgesellschaft

### Die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen in der DDR

Christoph Wunnicke

War es den DDR-Staatsorganen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nicht gelungen, die Entstehung einer Vielzahl kirchlicher Basisgruppen zu verhindern, wollten sie zumindest die Entfaltung und Vernetzung der kleinsten organisatorischen Einheiten der DDR-Opposition unterbinden. Diese Versuche der Selbstorganisation sind bisher kaum beschrieben, da bevorzugt die Geschichte und Entstehungsgründe einzelner Basisgruppen erforscht werden, mit recht unterschiedlichen Ergebnissen. Doch egal aus welchen Motiven die Mitglieder dieser Basisgruppen zur Bürgerbewegung stießen, die Diskrepanz zwischen ihren je eigenen Idealen und der DDR-Wirklichkeit war individueller Antrieb für ihr politisches Handeln.

Verschiedene soziale und intellektuelle Herkünfte verlangen nach Verständigung und Austausch. Dies bedarf einer verlässlichen Struktur. Die Selbstorganisation der verschiedenen Gruppen der Bürgerrechtsbewegung in Form von Gruppentreffen, Seminaren und Netzwerken ist – zeitlich und regional beschränkt – bislang nur ansatzweise dargestellt. Allen Veröffentlichungen hierzu ist die Auffassung gemein, daß „Frieden konkret“<sup>1</sup> ab 1983, der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ (AKSK), die „Umweltbibliothek“ Berlin, der „Freundeskreis Totalverweigerer“ und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) ab 1986, die „Kirche von Unten“ (KvU) ab 1987 und die „Arche“ ab 1988 erfolgreiche Vernetzungsversuche von Basisgruppen waren. Da es der DDR aber an einer unkontrollierten Öffentlichkeit fehlte, kamen, so Detlef Pollack, diese Netzwerke nur wenig in Kontakt, was unterstreicht, daß die DDR-Opposition genau so wie die DDR-Gesellschaft fragmentiert war.<sup>2</sup>

Andere Autoren betonen diese Fragmentierung weniger. Helmut Fehr sieht beispielsweise in der Gründung der IFM das Streben nach einer Verknüpfung der verschiedenen Initiativen im Bereich der Bürger- und Menschenrechte innerhalb der DDR. Pollack schreibt über Fehr, daß dieser den Übergang von vereinzelt Protesten der Gruppen zu den Massenprotesten der Wendezeit als Prozeß der zunehmenden organisatorischen und kommunikativen Vernetzung der Gruppen und Initiativen auffaßt. Fehr erweckt, so Pollack, den Eindruck, als wolle er den Massenprotest aus der schrittweisen Ausdehnung des informellen Sektors erklären.<sup>3</sup> Auch Karsten Timmer führt wie Fehr die Massenproteste auf die kleine Gruppe früher Demonstranten und Oppositionellen zurück.<sup>4</sup> Pollack vertritt diesbezüglich eine andere Position, nimmt aber trotzdem an, daß sich die DDR-Friedensbewegung, auch wenn nicht alle an ihr beteiligten Gruppen untereinander in direktem Kontakt standen, durchaus als kollektiver Akteur verstand.<sup>5</sup> Allerdings fehlten ihr beispielsweise im Gegensatz zur westlichen Friedensbewegung ein funktionieren-

1 Auch ebenso häufig „Konkret für den Frieden“ genannt. Zu den jährlichen Treffen der Basisgruppen siehe weiter unten.

2 Vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 39.

3 Vgl. ebd., S. 10.

4 Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000, S. 151 ff.

5 Vgl. Pollack: Protest, S. 78.

des Kommunikationsnetz, offizielle Sprecher oder Publikationen. Wurde sie durch die Westmedien auch einheitlich interpretiert, besaß sie dennoch kein zentrales Programm und keine prägenden Führungsgestalten.<sup>6</sup> Pollack konstatiert für die zweite Hälfte der achtziger Jahre eine Erhöhung der Organisations- und Mobilisierungsanstrengungen. Durch die stärkere wechselseitige Vernetzung kam es, laut Pollack, aber auch zu stärkeren Reibungen und Differenzierungen innerhalb der Gruppenszene.<sup>7</sup>

Der Begriff Netzwerk scheint wie der Begriff „Zivilgesellschaft“ unterschiedlichen Auffassungen zu unterliegen. Um den Begriff „Zivilgesellschaft“ auf die Basisgruppen in der DDR anwenden zu können, muß er mit signifikanten Merkmalen aufgeladen werden. Hier steht der Begriff der Selbstorganisation im Mittelpunkt. Karsten Timmer beschreibt, György Konrad zitierend, daß Selbstorganisation und Selbstverwaltung das organisatorische Zentrum von Zivilgesellschaftsideologien und -überlegungen der mittelosteuropäischen Bürgerrechtler waren.<sup>8</sup> Auf diese bezog sich in der DDR vor allem die IFM.

Ehrhart Neubert ist der Auffassung, daß der Begriff „Zivilgesellschaft“ von den Gruppen selten verwendet, dafür aber regelmäßig reflektiert wurde.<sup>9</sup> Daran anschließend schreibt Georg Lohmann, daß die Basisgruppen der DDR zivilgesellschaftsbildende Schritte und Ziele ohne vorangehende Theoriebildung verfolgten.<sup>10</sup> Auch ohne diese sahen sie die „Zivilgesellschaft“ als in Opposition zum Staat stehend. Sie wollten einen politisch-öffentlichen Raum unabhängig vom Staat erkämpfen. In der Schlußphase der DDR fand die „Zivilgesellschaft“ endlich an „Runden Tischen“ zu einer Zusammenarbeit mit den Staatsorganen.

Neubert macht in der wissenschaftlichen Diskussion um Opposition und „Zivilgesellschaft“ in der DDR zwei Strömungen aus. Die erste geht mit Pollack von der relativen Bedeutungslosigkeit der zivilgesellschaftlichen Opposition aus. Bis zum Fall der Mauer hätten die Basisgruppen lediglich eine wirkungslose Randexistenz geführt, um im Herbst 1989 von der Koinzidenz verschiedener Entwicklungen und Ereignisse wie den Gorbatschowschen Umgestaltungen, der Ausreisebewegung in der DDR und des wirtschaftlichen Niedergangs des Landes zu profitieren. Im Gegensatz zu Pollack behauptet Neubert, daß die DDR-Opposition der Katalysator war, der es der DDR-Gesellschaft ermöglichte, sich als „Zivilgesellschaft“ zu konstituieren. Er sieht die Entwicklung der DDR als einen evolutionären Prozeß, an dessen Ende die Basisgruppen ihre bis dahin im internen Kreis entworfenen und praktizierten zivilgesellschaftlichen Entwürfe in die Öffentlichkeit einbringen durften. Neubert betont aber auch, daß im freien Spiel der politischen Kräfte im Herbst 1989 die Erfahrungen der DDR-Bürgerbewegung aus den achtziger Jahren teilweise unbrauchbar wurden.<sup>11</sup> Der folgende Artikel umreißt anhand eines Auswahl von Initiativen die Entstehungsgeschichte der von Neubert als „praktizierte zivilgesellschaftliche Entwürfe“ bezeichneten Formen der Selbstorganisation kirchlicher

---

6 Vgl. ebd., S. 89.

7 Vgl. ebd., S. 123.

8 Vgl. Timmer: Aufbruch, S. 46.

9 Vgl. Neubert, Ehrhart: DDR-Opposition und die Herausbildung von Zivilgesellschaft. In: Lohmann, Georg (Hrsg.): Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West. Frankfurt/Main 2003, S. 109.

10 Lohmann, Georg: Modell Zivilgesellschaft. Grundlagen, Eigenschaften, Probleme. In: Lohmann (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Bürgertugenden, S. 11.

11 Vgl. Neubert: DDR-Opposition, S. 123.

Basisgruppen der DDR, wobei am Ende danach gefragt wird, ob diese Selbstorganisation dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ gerecht wird.

### *Die frühe Selbstorganisation der DDR-Friedensbewegung*

Ulrike Poppe ermittelte im Auftrag des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret“ im Jahr 1988 eine Gesamtzahl von 325 Gruppen im Gebiet der DDR.<sup>12</sup> Detlef Pollack geht für denselben Zeitpunkt von 300 bis 400 Gruppen mit einer durchschnittlichen Mitgliedszahl von 15 Personen aus, was insgesamt 4 000 bis 6 000 Gruppenmitglieder ergibt. Im Ergebnis waren das, selbst bei optimistischer Schätzung, weniger als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung der DDR.<sup>13</sup> Diese bis zum Ende der DDR kleine Gruppe entfaltete ihre Wirkung daher weniger durch ihre Masse als beispielsweise durch ihre Präsenz in westdeutschen elektronischen Medien.

Laut Detlef Pollack und Dieter Rink stand der Aufbau einer durch Kommunikation und Interaktion getragenen Gegenkultur im Zentrum der Arbeit der Basisgruppen, nicht jedoch die Organisation von Widerstand. Neben den für den Aufbau einer Gegenkultur unentbehrlichen zentralen Treffen der Basisgruppen gab es regionale Netzwerke, die häufiger zusammenkamen.<sup>14</sup> Einige der zentralen thematischen Treffen und regionalen landeskirchlichen Netzwerke der Friedensgruppen werden im folgenden beschrieben. Die Selbstorganisation der Umweltgruppen bleibt trotz der Bedeutung beispielsweise der „Berliner Umweltbibliothek“ aus Platzgründen genauso unberücksichtigt wie die DDR-weite Formierung von Menschenrechts-, Ausreise- oder Frauengruppen. Sie werden allerdings in der Zusammenfassung in die Selbstorganisationsgeschichte eingeordnet.

### *Königswalde*

Daß die ostdeutsche Friedensbewegung nicht erst als Reflex auf die Einführung des Pflichtschulfaches „Wehrkunde“ ab September 1978 entstand, belegt das Friedensseminar Königswalde in Sachsen. Ein Wochenendseminar im Jahr 1971 gab den Impuls für dieses erste Friedensseminar im Jahr 1973, welches ursprünglich als einmaliges Treffen geplant war.<sup>15</sup> Die 26 Teilnehmer (viele waren Bausoldaten oder wollten es werden) hörten den Vortrag Pfarrer Rudolf Albrechts aus Ziegenhain bei Meißen, der im darauffolgenden Jahr das Meißener Friedensseminar gründete. Das geschah ganz im Sinne des Hauptinitiators des Königswalder Seminars, Hans-Jörg Weigel, der Wert darauf legte, daß die Seminarbesucher in ihren Heimatgemeinden eigene Seminare oder ähnliches gründeten. Mit dem Frühjahrsseminar 1979 wurde aus dem „Eintagestreffen“ im Pfarrhaus ein Wochenendseminar in der Ortskirche. Dieses wurde nun auch nicht mehr von Weigel und einer locker um ihn gescharten Gruppe, sondern von einem Vorbereitungskreis geplant. Diesem gehörten in der Regel 20 Personen an. Unter ihnen, als geborene Mitglieder, der Königswalder Ortspfarrer und der zuständige Superintendent.

Im Jahr 1982 mißlang der Versuch der Initiatoren des Seminars, für die sächsische Frie-

12 Vgl. Poppe, Ulrike: Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft. In: Pollack, Detlef (Hrsg.): Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirchen. Frankfurt/Main u. a. 1990, S. 68.

13 Vgl. Pollack: Protest, S. 63 f.

14 Vgl. Kurt Stauss auf der 57. Sitzung der Bundestags-Enquetekommission. In: Materialien der Bundestags-Enquetekommission, Bd. VI, 1, S. 200.

15 Vgl. Kluge, Matthias: Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen. Leipzig 2004, S. 114.

densbewegung ein Periodikum herauszugeben. Neben bundesdeutschen Besuchern waren vor allem Niederländer regelmäßige Gäste des Seminars. Die Zusammenarbeit mit Westmedien lehnten die Veranstalter im „Gegensatz zu den Berlinern“ trotzdem konsequent ab, um nicht in den Verdacht zu geraten, vom Westen gesteuert zu werden. Das Friedensseminar Königswalde hatte in den Jahren 1982/83 seinen Höhepunkt. Bis 1983, dem Jahr von „Konkret für den Frieden“ I, wuchs die Zahl der Teilnehmer in Königswalde auf 600 Besucher an, ging danach aber wieder zurück.<sup>16</sup> Die Teilnehmer hörten das jeweilige Referat, arbeiteten in Gruppen zu verschiedenen Themen und diskutierten im Plenum. Auftritte von Künstlern, Andachten und ein Gottesdienst am Sonntag waren gesetzte Bestandteile des Seminars.

### *Meißen*

Das von Rudolf Albrecht 1975 gegründete Friedensseminar Meißen tagte, wie auch das Königswalder Seminar, jeweils an zwei Wochenenden im Mai und Oktober. Eine Gruppe von 15 Mitarbeitern bereitete das Seminar in Meißen vor und verantwortete es auch. Seit 1980 fand das Seminar seine Heimat in der Trinitatisgemeinde in Meißen-Zscheila. Auch in Meißen waren niederländische Friedensengagierte regelmäßig Gast, genau so wie Besucher aus der Bundesrepublik, der Schweiz und England. Nach 1977 besuchten zwischen 20 und 25 Teilnehmer, in den achtziger Jahren bis zu 350 überwiegend junge Leute das Seminar. Das Königswalder und das Meißener Friedensseminar waren nicht zum Zweck der Vernetzung der Friedensgruppen gegründet worden. Zum Zeitpunkt ihres Entstehens gab es diese noch nicht. Sie waren vielmehr dazu gedacht, den durch die Bausoldatenbewegung mobilisierten christlichen Jugendlichen eine Plattform zu geben. Nach der Gründung der ersten Friedenskreise Ende der siebziger Jahre bemühte sich vor allem das Meißener Friedensseminar, auch Vertreter von Basisgruppen systematisch einzuladen und zu versammeln. Eine neue „Aktionseinheit“ sah das MfS ab Mitte der achtziger Jahre im „Vormittagstreffen“ zum Meißener Friedensseminar. In ihm sollten am Samstagvormittag die einzelnen Friedenskreise der Landeskirche Sachsen vernetzt werden. Dieses „Vormittagstreffen“ hatte, so die Staatssicherheit, die Aufgabe, die Funktion eines Koordinierungsausschusses zwischen den Organisatoren des Friedensseminars Meißen und dem harten Kern der Friedenskreise der evangelischen Landeskirche zu übernehmen.<sup>17</sup>

### *Selbstorganisation ab Anfang der achtziger Jahre*

Das Königswalder und das Meißener Friedensseminar waren Vorläufer der Selbstorganisation einer unabhängigen Friedensbewegung der DDR, die erst Ende der siebziger Jahre die Gestalt annahm, mit der sie die achtziger Jahre durchlebte: die kirchlichen Basisgruppen. Die erste Gründungswelle von Friedenskreisen Ende der siebziger Jahre geht vor allem auf den Kampf der Kirche gegen den Wehrkundeunterricht zurück. Die dafür entscheidende friedenspolitische Mobilisierung der DDR-Landeskirchen löste die Direktive Nr. 3 des Ministeriums für Volksbildung am 1. Februar 1978 aus. Mit ihr wurde der (bereits vorher bestehende) Wehrunterricht für die Schüler des neunten und zehnten Schuljahres zur Pflicht. Die Reaktion der Kirchen erfolgte prompt. Einzelne

16 Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 469.

17 Vgl. Major Belikat: Die politisch-operative Lageeinschätzung zum „Friedensseminar Meißen“ und Erfordernisse der politisch-operativen Bearbeitung seiner Organisatoren und zur vorbeugenden Verhinderung und Zurückdrängungen ihres feindlich-negativen Wirksamwerdens. In: BStU, MfS, JHS-Nr. 76/85, Bl. 24.

Pfarrer, engagierte christliche Eltern, Kirchenleitungen, Evangelische Studentengemeinden, aber auch die wenigen bereits bestehenden Friedensseminare verfaßten Eingaben, protestierten mündlich oder sammelten Unterschriften. Das MfS zählte DDR-weit 2 500 Eingaben. Von 195 000 betroffenen Schülern verweigerten sich jedoch lediglich 101<sup>18</sup> bis 175.<sup>19</sup> Im Ergebnis dieser Mobilisierung entstanden in vielen Kirchengemeinden unabhängige Friedensinitiativen, die ersten Friedenskreise.

Deren Aktivitäten wurden oft von den Landesjugendpfarrämtern der verschiedenen Landeskirchen betreut. Diese Landesjugendpfarrämter waren außerdem seit 1980 regelmäßig mit der Vorbereitung der Friedensdekade befaßt, die durch eine gemeinsame Initiative des Evangelischen Jungmännerwerks und seiner westdeutschen Partnerorganisation, des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM), angeregt wurde. 1980 schlug die Landesjugendpfarrerkonferenz vor, den Buß- und Betttag zum „Abrüstungstag“ in den Ost- und West-Gemeinden zu erklären. Zeitgleich mit dem Beginn der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sollte ein „Bittgottesdienst für den gefährdeten Weltfrieden“ abgehalten werden, dem eine zehntägige Friedensdekade folgen sollte. Langzeitwirkung entfaltete das gemeinsam vom Bund der Evangelischen Kirchen der DDR (BEK) und den Landesjugendpfarrämtern vorgelegte Material zur Friedensdekade unter dem Titel „Frieden schaffen ohne Waffen“. Dieser aus einzelnen Bausteinen bestehenden Anleitung für themenbezogene Veranstaltungen wurde ein vom sächsischen Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider angeregtes Lesezeichen beigelegt, auf dem das sowjetische Mahnmahl „Schwerter zu Pflugscharen“ vor dem New Yorker UN-Gebäude abgebildet war.

Die zweite Friedensdekade vom 8. bis 18. November 1981 stand unter dem Thema „Gerechtigkeit – Abrüstung – Frieden“. Diesmal wurde das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ in einer Auflage von 100 000 Stück als Aufnäher verteilt. Das öffentliche Tragen des Symbols stieß auf den Widerstand des Staates. Ab November 1981 griff der Staat hart gegen die Träger des Aufnehmers durch. Polizisten, aber auch Lehrer trennten die Aufnäher, teilweise gewaltsam, von der Kleidung der jungen Menschen ab und beschlagnahmten sie. Wer sich dagegen wehrte, wurde aus Hochschulen und Erweiterten Oberschulen relegiert, oder nicht zum Abitur zugelassen. Nach einem Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen Klaus Gysi mit dem BEK-Vorsitzenden, dem sächsischen Landesbischof Johannes Hempel, über den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ endete der kirchliche Schutz für die Träger solcher Aufnäher. Erich Honecker beauftragte im April 1982 die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, auf breiter Front Maßnahmen gegen die kirchliche Friedensbewegung einzuleiten. Nach Angaben von Dietmar Remy gab es bereits im Mai 1982 so gut wie keinen Aufnäher mehr auf einem Ärmel in der DDR.<sup>20</sup> Trotzdem ist zu verzeichnen, daß im Gegensatz zu den wenig über einhundert Wehrunterrichtsverweigerern 1978 vier Jahre später mehrere tausend Jugendliche den Aufnäher trugen. Die Mobilisierungslogistik hatte sich weiterentwickelt.

18 Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991. Höhenflug und Absturz. Frankfurt/Main 1995, S. 259.

19 Vgl. Remy, Dietmar: Opposition und Verweigerung in der DDR-Provinz. Das Beispiel Nordthüringen (1976–1989). Jena 1999, S. 191.

20 Vgl. ebd., S. 106.

### *Sozialer Friedensdienst*

In der Tradition der Bausoldatenarbeit standen die Erwägungen einer Dresdner Initiativgruppe, die am 9. Mai 1981 zu einem Aufruf an die Volkskammer der DDR „Für einen Sozialen Friedensdienst“ (SoFD) führten. Als Alternative zum Bausoldatendienst, so die Forderung, sollten Wehrpflichtige ihren Dienst im sozialen Bereich ableisten dürfen. Um den Aufruf einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurden unter anderem Privatpersonen aufgefordert, bis zum Weltfriedenstag am 1. September 1981 Schreiben, die das Anliegen unterstützten, an die Landessynoden zu richten. Etwa 5 000 Unterschriften kamen zusammen und beschäftigten neben dem Aufrufertext die Herbstsynoden der Landeskirchen.

Die kirchliche Unterstützung verlief sich, je nach Landeskirche, eher im Symbolischen, und nach staatlicher Sanktion wurde der Kopf der Initiative, der Dresdner Pfarrer Christoph Wonneberger, kirchenrechtlich gemäßregelt. Vor allem ein landesweites Gruppentreffen zum Thema „Sozialer Friedensdienst“ im Januar 1982 in Dresden und ein für Ostern 1982 ebenfalls in Dresden geplantes noch größeres Folgetreffen lösten beim Staat Unruhe aus. Das letztendlich gescheiterte Dresdner Osterseminar, das die Idee des Ostermarsches mit der des Friedensdienstes verbinden und gleichzeitig die Namen und Adressen aller in der DDR am „Sozialen Friedensdienst“ Interessierten sammeln wollte, erscheint im Rückblick wie ein zentrales Nichtereignis. Sein Ausbleiben löste Entwicklungen aus, die in ihrer Folge die eigentlich intendierte Vernetzung der einzelnen Initiativgruppen beförderten. Die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche beispielsweise rief einen Ausschuß zur Initiative „Sozialer Friedensdienst“ ins Leben. Dieser war später Mitinitiator des ersten Seminars „Konkret für den Frieden“ in Berlin-Oberschöneweide.

### *Die Mobile Friedenswanderung im Westen Mecklenburgs*

Während im Mai 1980 der Initiator des Königswalder Friedensseminars, Hans-Jörg Weigel, wegen staatsfeindlicher Hetze verhaftet und drei Monate in Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis in Karl-Marx-Stadt gefangengehalten wurde, weilte der damalige Güstrower Studentenpfarrer und Königswalder Seminarteilnehmer Heiko Lietz auf einer Studentenpfarrerkonferenz in Barcelona. Dort lernte er den niederländischen Studentenpfarrer Peter Spinatsch aus Hengelo kennen. Dieser vermittelte ihm den Kontakt zu drei Studenten der Technischen Hochschule Enschede, die sich am 3. Juli 1980 in einem Brief vorstellten und mit Lietz einen Besuch vom 4. August bis zum 8. August 1980 in Güstrow verabredeten.

Den weltpolitischen Hintergrund für die politischen Gespräche dieser vier Tage bildeten die Wiener Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Supermächten. Noch in Güstrow wurde ein nächstes Treffen für den Sommer 1981 geplant. Der Briefkontakt zwischen Teilnehmern aus der DDR und den Niederländern intensivierte sich und führte zu einer ersten Konzeption der Friedenswanderung am 18. Dezember 1980. Als Zeitraum wählte Lietz den 31. Juli bis 8. August 1981, er plante eine Wanderung von acht bis zwölf Personen. Daneben legte er nach Absprachen als thematische Schwerpunkte „Feindbilder“ und „Identitätszwänge“ fest. Am Weg sollten Bibelarbeiten und Gemeindeabende durchgeführt werden. Als leitende Thematik der Wanderung wurden gewaltfreie Aktionen, wiederkehrendes Thema aller hier behandelten Friedensseminare, diskutiert. Am 29. August endete das Friedensseminar in Klueß. Angst war tragender Gedanke des zum

Abschluß der Wanderung von der Gruppe verfaßten Grundsatzpapiers.<sup>21</sup> Die Teilnehmer aus der DDR übernahmen es, dieses Papier unter anderem über die Theologische Studienabteilung des BEK, über das Königswalder Friedensseminar und über seinen Abdruck in der Mecklenburger Kirchenzeitung einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Nach diesem Seminar faßte Lietz den Beschluß, ein Friedensseminar nach dem Modell Königswalde in Mecklenburg ins Leben zu rufen. Einige Mitglieder des Kessiner Friedenskreises besuchten daraufhin das Herbstseminar in Königswalde und gründeten später das Kessiner Friedensseminar.

Nach dem Vorbild von 1981 verliefen auch die Wanderungen der folgenden Jahre. Die letzten fanden allerdings nur noch an einem Ort statt. Lietz war im Verlauf der Friedenswanderung 1988 der Gedanke gekommen, den mittlerweile etwas unverbindlicher gewordenen Charakter der Veranstaltung zu ändern. Daher etablierte er eine zweite Gruppe, welche die inspirierenden Züge der ersten Friedenswanderungen wieder aufnehmen sollte. Vor allem der vermehrte Zustrom unmotivierter neuer Teilnehmer, die Vielzahl von Kindern bei den letzten Wanderungen und der dadurch bedingte Urlaubscharakter trieben ihn zu diesem Schritt.

### *Das Kessiner Friedensseminar*

Am 26. Juli 1980 wurde in Güstrow der Kessiner Friedenskreis gegründet. Da kurze Zeit später Heiko Lietz aus dem kirchlichen Dienst ausschied, der Friedenskreis aber weiterhin des kirchlichen Daches bedurfte, zog die Gruppe nach Kessin bei Rostock, wo das Gründungsmitglied Dieter Nath als Pfarrer wirkte. Vor allem Nath und Lietz planten für 1982 in Kessin ein Friedensseminar, welches nach dem Königswalder Vorbild arbeiten sollte. Rechtsanwalt Wolfgang Schnur wurde eingeladen, über Rechtsfragen zu referieren, und ein noch nicht benannter Autor sollte über das Treffen der Schriftsteller im Dezember 1981 in Ost-Berlin<sup>22</sup> („Berliner Begegnung zur Friedensförderung“) berichten.

Das erste Kessiner Friedensseminar fand vom 11. bis 13. Juni 1982 statt. Neben mecklenburgischen Vertretern besuchten auch Mitglieder von Friedenskreisen aus Sachsen, Berlin und Thüringen, von denen einige den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen, das Seminar. Der Rat des Bezirkes meldete an Staatssekretär Gysi 50 bis 100 Personen, vorwiegend im Alter bis 25 Jahre, die am Seminar teilnahmen. Von einem Ordnungsstrafverfahren wollte man trotz nicht erfolgter Anmeldung des Seminars absehen.<sup>23</sup> Die 60 bis 100 Teilnehmer des zweiten Kessiner Seminars vom 13. bis 15. Juni

21 „1. Wir haben erkannt und erfahren, daß Frieden mit anderen und mit uns erst durch Abbau von Ängsten möglich ist. 2. Äußerungen und Ursachen von Ängsten sind für uns die zunehmende Aufrüstung, Feindbilder, Abgrenzung und die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens. Statt Frieden zu fördern, verhindern sie ihn. [...] 8. Gerade die zunehmenden Spannungen zwischen den Gesellschaftssystemen können uns nicht davon abhalten, auf wirklichen Frieden zu hoffen und friedensfördernde Maßnahmen durchzuführen. Wir möchten auch andere dazu ermutigen, sich gemeinsam mit uns auf diesen Weg zu begeben.“ Vgl. Grundsatzpapier für die Wanderungen des Kessiner Friedenskreises, Klueß, August 1981. In: Lietz, Heiko: Die Entwicklung der Opposition im Norden. In: Buck, Hansjörg F./Holzweißig, Gunther/Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 197–228.

22 Der Schriftsteller Stephan Hermlin lud zum 13. Dezember 1981 Literaten und Wissenschaftler aus Ost- und West-Deutschland nach Ost-Berlin, wo diese über Fragen der Friedenssicherung diskutierten.

23 Vgl. Informationsbericht Juni–Juli 1982 des RDB Rostock. In: Landesarchiv Greifswald, Rep. 200 II 7.3, Nr. 87, Bl. 137.

1983 waren, neben einigen Niederländern, überwiegend DDR-Bürger. Das Podiumsgespräch am Abend des 13. Mai 1983 in Kessin besuchten etwa 120 überwiegend jugendliche Personen. Von den Beiträgen des Podiumsgesprächs beurteilte Wolfgang Schnur die von Bischof Heinrich Rathke, von dem Schriftsteller Lutz Rathenow und dem ehemaligen katholischen Studentenpfarrer Göbel als negativ, während er die von Prof. Dr. Fink, Radiologe an der Universitätsklinik Rostock, und dem anwesenden Physiker Podschwaddek von der Radiologischen Klinik Rostock als sachlich einschätzte.<sup>24</sup> Zu diesem Kessiner Seminar waren auch fünf Mitglieder der Jenaer Friedensgemeinschaft ange-reist, unter anderem Roland Jahn. Dieser griff Prof. Fink im Forum, das dem Podiumsgespräch folgte, massiv an.<sup>25</sup> Dies wurde Pfarrer Nath später staatlicherseits wiederholt vorgehalten.<sup>26</sup>

Vom 1. bis 3. Juni 1984 nahmen circa 90 überwiegend jugendliche Personen aus elf Basisgruppen der DDR am dritten und letzten Kessiner Seminar teil. Es stand unter dem Motto „Dialog als friedensfördernder Faktor“. Neben Markus Meckel und Heiko Lietz waren unter anderem Hans-Jochen Tschiche und das Berliner Ehepaar Poppe anwesend. Nath begrüßte am Abend des 1. Juni die Anwesenden und bedauerte das Ausbleiben von Vertretern staatlicher Organe. Anfangs berichteten die Genannten über die Arbeit in ihren Friedenskreisen. In diesem Zusammenhang erklärte Markus Meckel das Schreiben von Eingaben gegen die Raketenstationierung für nicht ausreichend und bat um Empfehlungen für konkrete Aktionen. Gerd Poppe forderte ähnliches. Diese Unzufriedenheit mit den bisherigen Aktivitäten der Friedenskreise führte später zur Einberufung der Vip-perower Konzeptionsgruppe.

#### *Das „Mobile Friedensseminar“ im Osten Mecklenburgs*

Zuvor schon hatten Markus Meckel und Martin Gutzeit mit ihrem Friedensseminar im Osten Mecklenburgs versucht, den damals weit verbreiteten Ein-Tages-Seminaren wie der „Berliner Friedenswerkstatt“ zu begegnen, deren Tauglichkeit für nachhaltige Ver-netzung und qualifizierten Austausch sie bezweifelten. Die seit 1982 bestehende „Berliner Friedenswerkstatt“ lockte jährlich Tausende Besucher an und ist in ihrer Bedeutung für die Selbstorganisation der DDR-Basisgruppen kaum zu überschätzen.<sup>27</sup>

Der Zeitpunkt der Abtrennung des „Mobilen Friedensseminars“ um Markus Meckel von der „Mobilen Friedenswanderung“ um Lietz ist nicht genau bestimmbar. Sieht Meckel in seinen beiden ersten Wandergruppen 1982, die an der Lietz'schen Wanderung teilnahmen, bereits die Wurzeln für die Herausbildung ein eigenständigen „Mobilen Friedensseminars“, geben Lietz und andere als Zeitpunkt der Trennung das Jahr 1983 an. Gründe für die Separation waren vor allem unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Konzeption der Friedenswanderung. Meckel bevorzugte einerseits eine Veranstaltung mit seminaristischem Charakter, die dazu auch keiner Teilnehmerbeschränkung unterlag. Das von ihm und dem Vipperower Friedenskreis später gegründete „Mobile Friedenssemi-

24 Vgl. Bericht Nr. 3 vom 13.5.1983 über meinen kurzen Besuch am 13.5.1983 auf dem Friedensdienstseminar in Kessin, 19.5.1983. In: BStU, MfS, BV Rostock, IM „Torsten“, Bd. 1, Bl. 53–54. Der Familienname des Physikers lautete möglicherweise Podschwaddek, und Schnur notierte ihn nach Gehör falsch.

25 Vgl. Auftreten politisch-feindlicher Personen während des Kessiner Friedensseminars vom 13.–15.5.1983, 24. Mai 1983. In: BStU, MfS, BV Rostock, OV „Kreis“, Bd. III, Bl. 352–354.

26 Vgl. Konzeption zur Gesprächsführung mit Pastor Dieter Nath, Kessin, am 27.6.1983. In: Landesarchiv Greifswald, Rep. 5, V EZ.14, Nr. 614, Bl. 1–7.

27 Vgl. zur „Berliner Friedenswerkstatt“ Erinnerung Friedenswerkstatt. In: Horch und Guck, (I) 2007, 16. Jahrgang, S. 1 ff.



nar“ erlaubte die Partizipation von wesentlich mehr Menschen und war thematisch eher zielgerichtet. Nahmen am Friedensseminar im Osten Mecklenburgs im Jahr 1983 etwa 40 Personen teil, waren es 1985 bereits 85. Zwischen 1985 und 1988 trafen sich jeweils mehr als 100 und 1989 circa 90 Personen. Diese waren über eine Woche in mehreren Gruppen, in der Regel unter Anleitung eines inhaltlich vorbereiteten Gruppenleiters, zu einem gemeinsamen Abschlußwochenende aller Teilnehmer per Rad, Boot oder zu Fuß unterwegs.

1983 wanderten drei Gruppen von Vipperow, Strasen und Lewin zum gemeinsamen Abschlußwochenende nach Teterow. Alle Gruppen arbeiteten und diskutierten anhand einer Themenmappe, die in mehreren Beiträgen die Rüstungs- und Gewaltproblematik behandelte. Demselben Gegenstand widmete sich auch eine Ausstellung in der Teterower Kirche, in der das Abschlußwochenende stattfand. Diese wurde von der Jenaer Friedensgemeinschaft und dem Pankower Friedenskreis erarbeitet. War das Friedensseminar von 1983 noch ein gemeinsames Finden, fand das 1984er Seminar schon zu einem gemeinsamen Wollen. Erstmals lag die Vorbereitung des Friedensseminars in der Hand einer Vorbereitungsgruppe, die nahezu ausschließlich aus Theologen bestand. In dieser Vorbereitungsgruppe waren zeitweise auch Mitglieder des Pankower Friedenskreises wie auch einige Berliner „Frauen für den Frieden“ vertreten. In oben genannter Form fand das „Mobile Friedensseminar“ bis 1989 statt.

#### *Die Vipperower Konzeptionsgruppe*

Am 6. Oktober 1984 trafen sich bei Markus Meckel in Vipperow neun Personen. Sie verstanden sich selbst als Ad-hoc-Gruppe des bisherigen provisorischen Fortsetzungsausschusses „Konkret für den Frieden“, die den Beschluß des Kessiner Friedensseminars von 1984 aufgriff und sich vorgenommen hatte, konzeptioneller zu arbeiten. Das Entstehen dieses Zusammenschlusses, der sich Vipperower Konzeptionsgruppe nannte, erklärt Lietz mit mangelnden Fortschritten nach dem dritten Kessiner Friedensseminar.<sup>28</sup> Neubert hingegen vertritt die Ansicht, daß diese Gruppe im Zusammenhang mit Überlegungen zur Vorbereitung zu „Konkret für den Frieden“ III entstanden ist und konspirativ vorbereitet wurde, um das MfS auszuschließen. Beides traf zu. Poppe und Lietz benannten, laut Aufzeichnungen des MfS, als das gemeinsame Ziel der Anwesenden: die Planung und Durchführung einer Revolution in der DDR. Gerd Poppe schlug in Vipperow vor, analog zu den tschechischen Verhältnissen das Samisdat-System auszubauen und anstatt einer festen zentralistischen Organisation eine informelle Vernetzung der lokalen Gruppen zu realisieren.<sup>29</sup> Auf den Treffen der Vipperower Konzeptionsgruppe wurde der Begriff Opposition selbstbezüglich verwandt;<sup>30</sup> ein seltenes Vorkommnis innerhalb der Basisgruppenszene. Die nächste und zweite Zusammenkunft der Konzeptionsgruppe sollte am 4. Dezember 1984 im Hauptgebäude des BEK in der Berliner Auguststraße stattfinden.

Beim dritten Treffen der Vipperower Konzeptionsgruppe am 4. Mai 1985 bei Katja Havemann in Grünheide kamen die Anwesenden nach längeren Debatten über eine einheitliche Organisationsform der Basisgruppen zu dem Ergebnis, daß eine zentralistisch gesteuerte und ausgerichtete DDR-Friedensbewegung aus politischen und rechtlichen Gründen nicht zu verwirklichen war. Unter politischen Gründen faßt Martin Gutzeit die

28 Vgl. Lietz: Opposition im Norden, S. 283.

29 Vgl. Neubert: Opposition, S. 518.

30 Vgl. Poppe, Gerd: Begründung und Entwicklung internationaler Verbindungen. In: Buck u. a. (Hrsg.): Opposition in der DDR, Anm. 39, S. 370.

prinzipielle Abneigung der Basisgruppen gegenüber verbindlichen Organisationsformen jeglicher Art. Er beschreibt, daß die Überzahl der Friedensbewegten in der Monopolisierung von Kompetenzen in zentralen Instanzen vielmehr das Grundübel der herrschenden gesellschaftlichen Zustände sah.<sup>31</sup> Nach dem Treffen in Grünheide löste sich die Konzeptionsgruppe daher wieder auf; manche ihrer Mitglieder beteiligten sich allerdings an anderen Strukturen, wie beispielsweise dem 1985 erstmals von Gruppenvertretern gewählten Fortsetzungsausschuß „Konkret für den Frieden“.

In dieser Beschreibung fehlen Seminare wie das Naumburger Friedensseminar und Netzwerke wie der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“, „Frieden 83“ oder die 1986 auf dem Treffen „Konkret für den Frieden“ in Stendal gegründete landesweite „Wehrdienstgruppe“. Den allermeisten genannten Gruppen und Veranstaltungen wie beispielsweise den Friedensseminaren war mehr oder weniger eigen, daß sie von einer festen Gruppe inhaltlich vorbereitet wurden, daß sie über Jahre thematisch orientiert arbeiteten und im Plenum nach dem Mehrheitsprinzip Beschlüsse fällten, die dann zumindest innerkirchlich veröffentlicht wurden. Manche Beschlüsse und Forderungen wurden aber auch auf dem Eingabeweg direkt an die Staatsorgane gerichtet.

### *Regionale Treffen*

Ehrhart Neubert schreibt, daß sich nach 1986 fast überall in der DDR regionale Seminare, welche das zentrale Basisgruppentreffen „Konkret für den Frieden“ vorbereiteten, gebildet hatten.<sup>32</sup> Diese Feststellung läßt im Unklaren, ob die von ihm in seinem Buch benannten Seminare explizit zu diesem Zweck entstanden sind, ob sie schon zuvor existierten oder wie sie sich konstituierten. Auch nach der wegweisenden Arbeit von Neubert hat niemand diese regionalen Seminare im Zusammenhang betrachtet oder gar ausführlicher erforscht.

Einige Mitglieder der „Bezugsgruppe Friedensfragen der Theologischen Studienabteilung“ (ThSA) beim BEK<sup>33</sup> äußerten schon auf ihrer 19. Sitzung am 9. April 1983 in Berlin, unmittelbar nach „Konkret für den Frieden“ I, die Ansicht, daß dezentralisierte Treffen von Gruppen auf regionaler Ebene sinnvoller seien als zentrale Veranstaltungen.<sup>34</sup> Zu diesem Zeitpunkt existierten erst wenige regionale Basisgruppenseminare. Trotzdem wurde die Arbeit der Basisgruppen in einigen Landeskirchen nicht nur beobachtend begleitet, sondern auch koordiniert. Dies geschah nicht immer ohne Kontrollversuche der Landeskirchen. Im Laufe der folgenden Jahre konnte diese gelegentliche Bevormundung durch die Selbstorganisation der Basisgruppen auf landeskirchlicher Ebene aber entschärft werden. Die Basisgruppen gewannen dadurch an Autonomie.

31 Vgl. Gutzeit, Martin: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der Opposition im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: Euchner, Walter (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen 1993, S. 89 f.

32 Vgl. Neubert: Opposition, S. 701. Zu keinen eigenständigen Vernetzungen kam es in der Pommerschen Landeskirche, der Kirchenprovinz Sachsen sowie in der Schlesischen Landeskirche. Die Basisgruppen der Schlesischen Landeskirche gliederten sich in die Strukturen der Sächsischen Landeskirche ein. Durch den „Koordinierungskreis für Basisgruppen“ (KOBÄ) Mecklenburg wurden ab 1988 die wenigen bestehenden Basisgruppen der Pommerschen Landeskirche in die mecklenburgischen Strukturen integriert.

33 Der Bezugsgruppe Friedensfragen der ThSA beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin gehörten auch Basisgruppenmitglieder und Seminarverantwortliche wie Pfarrer Rudolf Albrecht aus Meißen an.

34 Vgl. Protokoll über die 19. Sitzung der Bezugsgruppe Friedensfragen vom 9.4.1983. In: Evangelisches Zentralarchiv, 101 5272.

### *Arbeitsgruppe Frieden*

Seit Beginn der achtziger Jahre gab es, in der Regel zum Jahresbeginn, Treffen von Vertretern der Basisgruppen der Mecklenburgischen Landeskirche, die jedesmal in einer anderen Stadt stattfanden. Hier tauschten sich diese über ihre Arbeit aus, verhandelten aber auch mit den ebenfalls anwesenden Mitgliedern der mecklenburgischen Kirchenleitung. Die Aktivitäten dieser Basisgruppentreffen sind bisher kaum dokumentiert. Anders verhält es sich mit der „Arbeitsgruppe Frieden“ (AGF). Die mecklenburgische Kirchenleitung unter Landesbischof Heinrich Rathke hatte Basisgruppenaktivitäten nicht nur geduldet, sondern zum Teil auch aktiv gefördert. Auf der Landessynode der Mecklenburgischen Landeskirche (ELLKM) im Herbst 1981 wurde der Rostocker Pfarrer Walther Bindemann zum Beauftragten für die Friedensarbeit in der Mecklenburgischen Landeskirche berufen. In diesem Nebenamt oblag es ihm, beraten durch die ebenfalls neugegründete AFG, die Koordinierung der Friedensarbeit der verschiedenen Basisgruppen zu übernehmen sowie Kontakte zwischen diesen und der Kirchenleitung herzustellen. „Multiplikatorenseminare“ sollten der Selbstaufklärung der Teilnehmer dienen, denn auch die kirchliche Friedensarbeit, so die damalige Auffassung der Kirchenleitung, bedurfte der Reflexion und Überprüfung der Standpunkte, Ziele und Methoden.<sup>35</sup>

In die AGF sollten das Amt für Gemeindedienst, die Evangelische Studentengemeinde und die Landeskirchliche Jugendarbeit Vertreter entsenden. In einem Brief an Bischof Heinrich Rathke schlug Bindemann diesem vor, Repräsentanten von Basisgruppen der Landeskirche, des Jugendpfarramts, der Stadtjugendarbeit Rostock, den Rostocker Studentenpfarrer Christoph Kleemann, einen Vertreter des Oberkirchenrates (OKR), einen Vertreter des Amtes für Gemeindedienst sowie eventuell einen Vertreter der katholischen Kirche bzw. einer Freikirche als Mitglieder der AGF zu benennen. Die Bestimmung der Zusammensetzung der AGF behielt sich aber der Oberkirchenrat vor. Dies führte dazu, daß dem Oberkirchenrat unbequeme Pfarrer oder Vertreter von Basisgruppen wie Heiko Lietz, Dieter Nath, Henning Utpatel oder Markus Meckel der AGF offiziell nicht angehörten. Sie arbeiteten trotzdem inoffiziell mit. Spannungen wegen dieser Statusfrage blieben durchweg bestehen. Die AGF traf sich mehrmals im Jahr, bereitete die jährlichen Friedensdekaden vor oder unterstützte die diversen Friedensseminare innerhalb der Landeskirche.

Anhaltende Konflikte zwischen Basisgruppen und Kirchenleitung wurden dadurch jedoch nicht gelöst. Die inoffiziellen Gruppenvertreter nahmen die Arbeit in der AGF ernster als die meisten institutionellen Vertreter, so daß die Frage der Repräsentanz 1985 eskalierte. Im Jahr 1986 übernahm Lietz den Vorsitz der AGF, in der die Basisgruppenvertreter durch die Einführung eines neuen Quotenschlüssels zukünftig die Mehrheit hatten. Lietz aber wollte eine vollständige Autonomie der Basisgruppen gegenüber der Kirchenleitung durchsetzen. Durch seine Anregung wurde im Oktober 1988 der „Koordinierungskreis für Basisgruppen“ (KOBA) gegründet. Der Vorteil des KOBA war, daß er ein authentisches Sprachrohr der Basisgruppen war und die Gruppen der Greifswalder Landeskirche in das bestehende Netzwerk einbinden konnte.

### *Thüringer Regionalvernetzung*

Anders und auch um einiges später begann die Organisierung der Basisgruppen in der Thüringischen Landeskirche. Auf der Sitzung des Altendorfer Friedenskreises (AFK) am 21. Februar 1986, unmittelbar vor „Frieden konkret“ IV in Stendal, stellte ein Teil-

<sup>35</sup> Vgl. Mecklenburgische Kirchenzeitung v. 31.10.1982.

nehmer fest, daß „Frieden konkret“ mehr oder weniger sinnlos geworden sei. Er fände es günstiger, die Thüringer Friedensgruppen zu einem regionalen Seminar zu versammeln. Er wollte dies in den Arbeitspausen in Stendal mit den anwesenden Thüringer Gruppenvertretern besprechen.<sup>36</sup> AFK-Mitglieder sprachen in Stendal deshalb Meininger Gruppenvertreter an, welche die südlichen Gruppen Thüringens repräsentierten, wie auch einen Friedenskreisvertreter aus Kromsdorf in der Nähe von Weimar. Daraufhin trafen sich am 12. April 1986 im Pfarrhaus Kromsdorf Mitglieder verschiedener Basisgruppen zu einer ersten Sitzung.

Nachdem sie das kurz zuvor veranstaltete Naumburger Friedensseminar ausgewertet hatten, gab man der Kromsdorfer Veranstaltung in Anlehnung an „Frieden konkret“ die Bezeichnung „Frieden aktuell – Zum Informationsaustausch Thüringen“, abgekürzt FAZIT. Die Namensgebung erfolgte, um beim nächsten Naumburger Friedensseminar eine griffigere Selbstdarstellung anbieten zu können. Bezüglich des ersten Regionaltreffens Thüringer Friedensgruppen wurden Überlegungen zu technischen Fragen wie dem Tagungsort erörtert. Danach wurde eine Vorbereitungsgruppe ins Leben gerufen. An „Frieden konkret“ orientiert war die Vorstellung, daß sich die Vertreter beim ersten Treffen in kleinen Gruppen zusammenfinden sollten, in denen es eine Vorstellungsrunde geben sollte, und man danach gemeinsam unter Anleitung eines Gruppenleiters ein Thema bearbeiten wollte. Einige wiederum votierten für eine Vorstellungsrunde im Plenum, während andere diesem Vorschlag mit dem Argument widersprachen, zu viele Informationen auf einmal könnten die Anwesenden überfordern.

Nach der letzten Vorbereitungssitzung am 12. September in Weimar begann am 27. September in den Räumen der dortigen Evangelischen Studentengemeinde (ESG) das Treffen, zu dem, entgegen der Erwartungen, die von bis zu 100 Teilnehmern ausgingen,<sup>37</sup> lediglich 35 Vertreter aus den Basisgruppen der Thüringer Landeskirche erschienen.<sup>38</sup> Die Anwesenden teilten sich in vier Untergruppen auf und diskutierten von 10 bis 12 Uhr entlang der besprochenen Vorgaben. Nach der Mittagspause wurden von 13.30 bis 15.30 Uhr erneut in Arbeitsgruppen die Themen „Weitere Zusammenarbeit der Basisgruppen in Thüringen“, „Vorbereitung der Friedensdekade 1986“ und „Möglichkeiten eines erneuten Treffens der Basisgruppen in Thüringen“ behandelt. Das anschließende Plenum konstatierte das große Interesse an einem weiteren Treffen und hob das „Förderliche“ der Erörterung und des Austausches in kleinen Arbeitsgruppen hervor. Um zukünftig konkrete Ergebnisse zu erreichen, sollten den folgenden Treffen ein Thema vorangestellt und diese im Frühjahr und Herbst durchgeführt werden, das Frühjahrstreffen erst nach dem jeweiligen „Frieden konkret“.

Das Plenum widmete sich vor allem drei Themen: erstens der Notwendigkeit der Beschaffung von Materialien zur Friedensarbeit, zweitens der Gestaltung eines Friedensfestes in Thüringen und drittens der Installierung eines hauptamtlichen Mitarbeiters für Wehrdienstberatung und Friedensfragen innerhalb der Landeskirche Thüringen. In bezug auf die Planstelle war Oberkirchenrat Johannes bemüht, die Erwartungen nicht ausufern zu lassen. Er erklärte sich aber bereit, im Vorfeld des nächsten Treffens die Verbindung zwischen Vorbereitungsgruppe und Landeskirchenrat zu halten und dabei darauf

36 Vgl. Informationen zur Sitzung des Altendorfer Friedenskreises am 21.2.1986 im Pfarrhaus Altendorf, 27.2.1986. In: BStU, MfS, KD Jena, IMB „Runge“, Bd. IX, Bl. 200.

37 Vgl. Informationen zur weiteren Vorbereitung des Regionaltreffens kirchlicher Friedensgruppen Thüringens durch FAZIT, 23. 9 1986. In: BStU, MfS, KD Jena, IMB „Runge“, Bd. II/X, Bl. 47.

38 Liste der Anwesenden. In: Zusammenfassende Informationen zum 1. Treffen der Basisgruppen Thüringens, 30.9.1986. In: BStU, MfS, KD Jena, IMB „Runge“, Bd. II/X, Bl. 51–52.

zu achten, daß bestimmte technische Möglichkeiten wie Vervielfältigungsgeräte bereitgestellt würden. Er stellte in Aussicht, sich selbst an der Vorbereitungsgruppe, deren Mitglieder vom Plenum nominiert wurden, zu beteiligen. Diese Gruppe sollte auch das Thema des kommenden Treffens bestimmen. Das Thüringer Basisgruppentreffen kam bis 1989 weitere sechs Mal zusammen.

### *Berlin-Brandenburg*

Am 9. Mai 1987 trafen sich in der Samaritergemeinde Berlin sechzehn Teilnehmer von „Frieden konkret“ V aus der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Eingeladen hatten dazu Ulli Band, Thomas Krüger und Christiane Schult. Die Initiatoren wollten mit dieser Zusammenkunft ein einheitliches Auftreten der Delegierten des Berlin-Brandenburger Raumes bei „Frieden konkret“ VI im Frühjahr 1988 in Cottbus herbeiführen. Ursprünglich wurde für ein erstes Treffen der 15. Oktober 1987 ins Auge gefaßt. Dafür sollte ein Vorbereitungskreis gebildet werden, der beim Treffen mitentscheiden sollte, welche Gruppenvertreter ein Mandat für Cottbus erhalten. Dies sollte der Mitwirkung der Kirchengemeinden und anderer Instanzen bei der Delegiertenauswahl vorbeugen. Man wollte auch inhaltlich arbeiten und erwog die Einladung von Vertretern der sowjetischen und amerikanischen Botschaft sowie die Durchführung eines Expertengesprächs zu den Themen „Zentraler Demokratismus“ und „Basisdemokratie“.

Die Einladung erfolgte abweichend vom vorgesehenen Termin für den 25. Oktober 1987 ins Gemeindehaus in Potsdam-Babelsberg. Der Berliner Stadtjugendpfarrer sollte die Veranstaltung moderieren und Pfarrer Rudi Pahnke zum Thema „Solidarisches Handeln“ referieren.<sup>39</sup> Vor dem Regionaltreffen in Potsdam sorgten einige Ereignisse für Zündstoff. Der „Kirchentag von unten“, die Konstituierung der „Kirche von Unten“ und der immer manifestere Konflikt zwischen der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“, angeheizt durch ein Treffen von IFM-Mitgliedern mit CDU-Bundestagsabgeordneten, spalteten das Potsdamer Treffen, auf dem 40 Vertreter der Friedens-, Ökologie- und Zweidrittelweltgruppen anwesend waren. Pahnkes Plenumsvortrag löste eine Diskussion zum Niedergang der Friedenswerkstatt aus und außerdem, so Thomas Klein, zu der Einstellung der Gruppen zur Gewaltfrage. Pahnke warf die Frage auf, inwieweit mit der basisdemokratischen Bestimmung von Gruppenvertretern nicht auch antiemanzipatorische Tendenzen befördert würden. Er ging so weit, einigen Gruppenvertretern eine nicht bewältigte stalinistische Vergangenheit zu unterstellen. Im Kern spielte er auf eine grundsätzliche Differenz der Basisgruppen an; zwischen denjenigen, die sich „unter christlichen Vorzeichen“ trafen, und denjenigen mit einem „anderen Verhältnis zu Gewaltaktionen“. Die letzteren könnten, so Pahnke, aber nicht für sich beanspruchen, zu einer Friedensbewegung im Umfeld der Kirche zu gehören. Den Hintergrund dieser Auseinandersetzung bildete die Drohung der Organisatoren des „Kirchentags von unten“, notfalls Kirchenräume zu besetzen. Pahnke warf dem „Friedrichsfelder Friedenskreis“, der Berliner Umweltbibliothek, der Gruppe „Gegenstimmen“ und den Mitgestaltern des „Kirchentags von unten“ vor, dem eigentlich „Frieden konkret“ gewidmeten Regionaltreffen eine Diskussion aufgezwungen zu haben, welche die Atmosphäre vergiftet hätte. Er sah die Gefahr einer Spaltung der Friedensbewegung anhand der Gewaltfrage und wies auf die Doppelbödigkeit des in vielen Basisgruppen geheiligten

39 Vgl. Informationen zum geplanten Regionaltreffen von Vertretern sogenannter Basisgruppen aus dem Bereich der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg am 25.10.1987 in Potsdam, 15. Oktober 1987. In: BStU, MfS, HA XX/IV-275, Bl. 183–184.

Prinzips der Basisdemokratie hin.<sup>40</sup> Von einem einheitlichen Auftreten der Delegierten des Berlin-Brandenburger Raumes bei „Frieden konkret“ VI im Frühjahr 1988 in Cottbus war danach keine Rede mehr. Diesem ersten Treffen folgten bis zum Herbst 1989 drei weitere.

### *Die Sächsische Landeskirche*

Eine ständige Vernetzung von Basisgruppen wie zum Beispiel in Mecklenburg oder Thüringen gab es in der Sächsischen Landeskirche nicht. Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider traf sich jährlich mit ihren Vertretern; die notwendigen überregionalen Wahlen und Absprachen zwischen den Basisgruppen der Sächsischen Landeskirche wurden in der Regel am Samstagvormittag beim Meißener Friedensseminar durchgeführt.

Früher als auf landeskirchlicher Ebene formierten sich in den städtischen Regionen rund um Dresden, Chemnitz und Leipzig erste Friedens-, Öko- und Menschenrechtsgruppen. In Dresden wirkte seit 1982 die „Arbeitsgemeinschaft Frieden“. Von Superintendent Wetzel geleitet, war sie dem Landeskirchenamt zugeordnet und für die Koordination der Dresdner Gruppen zuständig.<sup>41</sup> Sie entstand im Zuge des Berliner Appells, den Pfarrer Christoph Wonneberger am 14. Februar, fünf Tage nach der Verhaftung von Rainer Eppelmann, in einem Abendgottesdienst für Jugendliche verlas. Daraufhin wurde Wonneberger am 17. Februar festgenommen und vier Stunden lang verhört. Weitere elf Tage später bat er, der Mitveranstalter des Königswalder Seminars Hans-Jörg Weigel und der Veranstalter des Meißner Seminars Rudolph Albrecht in einem Brief an das Landeskirchenamt, konkrete Bedingungen der Einbindung der Initiativgruppe „Sozialer Friedensdienst“ (SoFd) in die bestehenden regionalen landeskirchlichen Strukturen festzulegen.<sup>42</sup> Die Sitzungen der „Arbeitsgemeinschaft Frieden“ der Dresdner Kirchenbezirke moderierte Christoph Ziemer. 1986 nahmen bereits zwölf Friedenskreise die Einladung des Superintendenten zu den Sitzungen an, 1987 waren es bereits sechzehn kirchliche Gruppen sowie die unabhängige Gruppe „Wolfspelz“. In Leipzig gab es, angesiedelt beim Jugendpfarramt, den „Arbeitskreis Friedensdienst“, welcher in der Stadt die friedenspolitischen Aktivitäten koordinierte. Der Bezirkssynodalausschuß mit Vertretern aus Basisgruppen, Bezirkssynodalen und Theologen konstituierte sich im Herbst 1985.

Trotz der hier vorgestellten Strukturen kam es zu keinen kontinuierlichen Treffen der regionalen Basisgruppen, was am 18. November 1988 auf der Zusammenkunft des Fortsetzungsausschusses „Frieden konkret“ in Greifswald als Problem diskutiert wurde. Zwar hatte es in Thüringen ein Basisgruppentreffen gegeben, über das auch informiert wurde, aber aus Sachsen wurde berichtet, daß das geplante Treffen der Friedensgruppen in Meißen nicht stattgefunden hatte. Auch für die Mecklenburger Region mußte konstatiert werden, daß ein Treffen der dortigen Basisgruppen zur Zeit nicht möglich sei. Dies wurde auf Differenzen zwischen Mecklenburger und Greifswalder Initiativen zurückgeführt, die aus der Nichtberücksichtigung von Gruppen der Greifswalder Landeskirche bei der Wahl in den Fortsetzungsausschuß „Frieden konkret“ herrührten. Auch die Situation der unter dem Dach der Berlin-Brandenburgischen Kirche zusammengeschlossenen 80 Basisgruppen wurde in Greifswald kritisch erörtert. Es wurde beklagt, daß manche Grup-

40 Vgl. Klein, Thomas: „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln/Weimar 2007, S. 336–338.

41 Vgl. Neubert: Opposition, S. 463.

42 Vgl. Engelbrecht, Sebastian: Kirchenleitung in der DDR. Eine Studie zur politischen Kommunikation in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1971–1989. Leipzig 2000, S. 321.

pen aus demselben Personal bestünden, andere, wie die „Arche“, hingegen nur einen Dachverband von Untergruppen darstellten. Auch Vertreter der Kirchenprovinz Sachsen berichteten auf dieser Fortsetzungsausschußsitzung, daß es Schwierigkeiten gäbe, ein Treffen der Basisgruppen in ihrer Region zustande zu bringen. Die etwa 70 Gruppen dieser Kirchenprovinz hätten offensichtlich kein Interesse daran.

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß in fast allen Landeskirchen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine themenübergreifende, regionale und mehr oder weniger arbeitsfähige Vernetzung der Basisgruppen gegeben war.

### *„Frieden konkret“ – Die Entstehung*

Das von 1983 bis 1989 jährlich einmal im Frühjahr jeweils in einer anderen Landeskirche durchgeführte Seminar der Basisgruppen „Frieden konkret“ oder auch „Konkret für den Frieden“ gilt allgemein als die zentrale Vernetzungsinstanz für DDR-Basisgruppen und -Initiativen. Der 1985 erstmals gewählte Fortsetzungsausschuß von „Frieden Konkret“ leistete zwischen den einzelnen Sitzungen die anfallende Arbeit, die überwiegend in der Vorbereitung der Seminare bestand. Wie aber entstand „Frieden konkret“?

Gilt 1983 als das Geburtsjahr von „Frieden konkret“, so ist das Jahr 1981 als sein Zeugungsjahr anzusehen. Im März 1981, auf den Monat genau zwei Jahre vor „Frieden konkret“ I in Berlin, nahm die „Initiativgruppe für einen Sozialen Friedensdienst“ in Sachsen ihre Arbeit auf. Die dadurch ausgelöste Debatte führten viele Beteiligte entlang eines von Hans-Jochen Tschiche 1980 in der Bundesrepublik veröffentlichten Textes. In diesem stellte er fest, daß die Kirche der DDR nur ihre Glaubwürdigkeit behalten könne, wenn sie sich stärker als bisher gegen die Militarisierung und ideologische Uniformierung des innenpolitischen Lebens in der DDR wende. Tschiche nannte diese Haltung „Eintreten für den innenpolitischen Frieden“. Sie war nach Tschiches Auffassung das Einübungsfeld für außenpolitische Schritte. Die Verantwortung für die innenpolitischen Verhältnisse der DDR wollte Tschiche nicht Einflüssen „von außen“ überlassen. Er wollte auch nicht mehr nur „wohlklingende Deklarationen“ zum Frieden verfassen. Damit würde lediglich einem verlogenen „Resolutionismus“ Vorschub geleistet.

Tschiches Unzufriedenheit mit diesem „Resolutionismus“ drückte in aller Deutlichkeit ein von ihm verfaßter Rundbrief aus, den er September/Oktobre 1981 an insgesamt 900 Adressaten, darunter die Pfarrer der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, andere kirchliche Institutionen und Einzelpersonen, versandte. In diesem verlangte er von den Empfängern, über „bloßen Reaktionismus“ in der Friedensfrage hinauszugehen und „konkrete Friedensschritte“ zu unternehmen: „Aus mancherlei Gründen – aus politischen Erwägungen und traditionellen Prägungen – ist nicht zu erwarten, daß die Gesamtkirche in der DDR in der Öffentlichkeit sich dieser Aufgabe mit der Radikalität annimmt, wie unsere DDR-Realität das erfordert. Durch eine ganze Reihe von Zuschriften weiß ich, daß an vielen Orten [...] ganz unterschiedliche Initiativen in der Friedensfrage sich zeigen, ohne daß eine allgemeine Vermittlung stattfindet. Ich schlage daher vor, daß wir eine Bruderschaft von Laien und hauptamtlichen Mitarbeitern bilden, die sich unter dem Motto ‚Frieden konkret‘ zusammenschließt.“<sup>43</sup> Zur Erörterung seiner Vorschläge lud Tschiche in die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt ein. Neben der Tatsache, daß hier erstmals „Frieden konkret“ als Terminus verwandt wurde, offenbarte der Text den Wunsch nach „Vermittlung“ der verschiedenen Initiativen und pries als

43 Brief Hans-Jochen Tschiche vom September 1981. Auszugsweise abgedruckt in Neubert: Opposition, S. 474.

mögliches Medium dafür eine „Bruderschaft“ an. Bruderschaft (gelegentlich auch Brüderschaft/Fraternität) heißt im kirchlichen Kontext eine Körperschaft von Männern. Diese sind überwiegend ordinierte Geistliche. Sie bezeichnen sich untereinander als Brüder und verfolgen gemeinsame Interessen.

Neben „ununterbrochenen Friedensgebeten“, „Reflexionen der gesellschaftlichen Situation“ und „Koordinierung“ sollte eine zentrale Aufgabe der zu gründenden Bruderschaft nach den Vorstellungen von Tschiche die Herausgabe eines Informationsdienstes über Friedensinitiativen und die Militarisierung in der DDR-Gesellschaft sein. Außerdem sollte die Bruderschaft die Vertretung der unter ihrem Dach tätigen Initiativen gegenüber staatlichen und kirchlichen Stellen übernehmen. Tschiche plante, die Bruderschaft im Oktober 1981 zu gründen.

Direkte Folge dieses Aufrufs war, daß das MfS sämtliche 900 Briefe Tschiches aus dem Postverkehr konfiszierte.<sup>44</sup> Die Angriffe des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Cottbus, Werner Walde, am 19. November 1981 auf dem 3. Plenum des ZK der SED gegen die SoFD-Bewegung beantwortete Tschiche im Dezember 1981 mit einem Offenen Brief an den SED-Funktionär.<sup>45</sup> In diesem schlug er einen scharfen Ton an, den auch seine sonstigen Positionen in Fragen der Friedenserziehung charakterisierten. Verschiedene Medien der Bundesrepublik verlasen oder druckten diesen Brief ab.<sup>46</sup>

Die Unternehmungen Tschiches innerhalb der ersten Monate des Jahres 1982 sind nur im Zusammenhang mit dem parallel verlaufenden, vorläufigen Abschwung der SoFD-Bewegung zu verstehen. Am 28. Dezember 1981, kurze Zeit nach Tschiches Offenem Brief an Werner Walde, versammelte Pfarrer Christoph Wonneberger Vertreter verschiedener Gruppen zu einem SoFD-Koordinierungstreffen in Dresden. Ein ähnliches Treffen mit 20 Delegierten folgte am 30. Januar 1982 und mündete in dem Beschluß, am folgenden Osterwochenende eine DDR-weite „Friedensfahrt“ interessierter SoFD-Gruppen nach Dresden zu veranstalten. Auf dieser sollte die SoFD-Bewegung national koordiniert werden. Auf Initiative des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, verbot die Dresdner Landeskirchenleitung Wonneberger die Durchführung der „Friedensfahrt“ und drohte ihm für den Fall der Zuwiderhandlung eine Bestrafung nach dem Pfarrergesetz an. Das Treffen wurde daraufhin abgesagt. Der Gedanke einer nationalen Koordinierung der Friedensaktivitäten wurde jedoch nicht aufgegeben, sondern suchte nach anderer Gelegenheit zur Verwirklichung.

Das Dresdner Treffen vom 30. Januar 1982 hatte indes noch ein anderes Ergebnis. Auf Anregung Tschiches wurde dort ein dreiphasiges Konzept zur Realisierung der von ihm vorgeschlagenen Bruderschaft beschlossen. Dieses sollte parallel zur SoFD-Bewegung entfaltet und Ende 1982 mit der Konstituierung von „Frieden konkret“ abgeschlossen werden. Wegen des vorläufigen Endes der SoFD-Bewegung war dies jedoch unmöglich.

Bereits zum 16. Januar 1982 aber hatte Tschiche einige an der Gründung der Bruderschaft Interessierte zu sich nach Samswegen eingeladen, unter ihnen die Vertreter der ESG Berlin und Christoph Wonneberger, die im folgenden eine wesentliche Rolle

44 Vgl. Tschiche, Hans-Jochen: „Nun machen sie man, Pastorche!“ Erinnerungen. Halle 1999, S. 54 f. Möglicherweise gerieten die Briefe auch in die verschärften zeitgleichen Kontrollmaßnahmen des MfS, die eigentlich der SoFD-Bewegung galten. Tschiches Adressatenkreis und die Protagonisten der SoFD-Bewegung waren nahezu identisch.

45 Vgl. Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982. Hattingen 1982, S. 231 f.

46 Vgl. Tschiche: Pastorche, S. 56.



spielten. Wonneberger verhielt sich zu Tschiches Plänen eher zurückhaltend, da er laut Ehrhart Neubert noch auf seine landesweite SoFD-Struktur setzte.<sup>47</sup> Als diese mit dem Verbot der Friedensfahrt gescheitert war, nahm Tschiche das Heft des Handelns in die Hand, ohne sich mit seiner Kirchenleitung abzustimmen. Zwar ließ Tschiche auf dieser Zusammenkunft auch seinen ursprünglichen Plan zur Gründung einer Bruderschaft fallen, entwickelte den Koordinierungsgedanken unter dem Titel „Frieden konkret“ aber fort.

Mobilisierung kam von anderer Stelle. Am 25. Januar 1982 veröffentlichten Rainer Eppelmann und Robert Havemann den „Berliner Appell“. In ihm forderten sie den Abzug aller Atomwaffen aus der DDR, der Bundesrepublik und Mitteleuropa. Der Appell wurde zunächst von 35 Personen unterschrieben und dann an die Westmedien weitergeleitet. Rainer Eppelmann wurde daraufhin am 9. Februar für einige Tage festgenommen. Als er am 12. Februar nach internationalen Protesten wieder freigelassen wurde, hatten etwa 2 000 DDR-Bürger den Appell unterschrieben oder öffentlich verlesen, wie Pfarrer Christoph Wonneberger, was – wie bereits beschrieben – seine eigene Verhaftung nach sich zog.<sup>48</sup> Der frisch entlassene Eppelmann gründete umgehend einen Friedenskreis und zog von Berlin-Hohenschönhausen in den zentraleren Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain um, was ihm zusätzliche „politische Durchschlagskraft“ verlieh. Am Tag nach Eppelmans Freilassung fand in Dresden das „Friedensforum“ statt, welches die erste „Berliner Friedenswerkstatt“ am 27. Juni 1982 mit anregte.

Durch den „Berliner Appell“ war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der DDR wie selten zuvor angespannt, auch im Bezirk Magdeburg. Vor der Veröffentlichung hatte Eppelmann noch Hans-Jochen Tschiche besucht und ihn gebeten, den Appell zu unterzeichnen, was dieser umgehend tat. Zwei Tage nach Eppelmans Verhaftung wurde auch Tschiche durch die Staatsorgane „belehrt“.<sup>49</sup> Trotzdem wollte Tschiche die Mobilisierung durch den „Berliner Appell“ für sein Anliegen nutzen. Er versuchte dies auch durch die Einbeziehung der Evangelischen Studentengemeinden (ESG). Die Magdeburger ESG war zu diesem Zeitpunkt durch ein Treffen aller ESG-Friedenskreise im November 1981 sowohl DDR-weit bekannt als auch durch den Einsatz von IM des MfS nachhaltig lädiert und eingeschüchtert. Tschiche erinnert sich in seinen Memoiren an eine Veranstaltung des „Arbeitskreises Frieden“ der ESG Magdeburg am 3. März 1982. Dort verlas er den „Berliner Appell“, den Brief an Werner Walde und seinen Aufruf zur Gründung von „Frieden konkret“.<sup>50</sup>

Sein Ansinnen wurde jedoch von dynamischeren Entwicklungen überholt, unter anderem von der ersten „Berliner Friedenswerkstatt“ unter dem Titel „Hände für den Frieden“, die in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg stattfand.<sup>51</sup> Diese Friedenswerkstatt „hatte uns als Gruppe zum Weitermachen ermutigt“, erinnert sich Pfarrer Dietmar Linke. Bei der Auswertung der Friedenswerkstatt-Erfahrungen erkannten die Veranstalter aber, daß bei der Angebotsfülle konzentriertes Arbeiten an einem Thema nicht möglich gewesen war. Deshalb planten sie im März 1983 ein Wochenendseminar in Berlin. Dazu sollten Vertreter aller bekannten Friedensgruppen aus der DDR eingeladen werden.

Diese bald „Frieden konkret“ genannte Zusammenkunft wurde von einem 20köpfigen

47 Vgl. Neubert: Opposition, S. 474.

48 Vgl. Engelbrecht: Kirchenleitung, S. 320.

49 Vgl. Tschiche: Pastorche, S. 59.

50 Vgl. ebd., S. 58 f.

51 Vgl. Pollack: Protest, S. 90.

„Arbeitskreis Frieden“ vorbereitet. Diesem gehörten neben Rudi Pahnke und Rainer Eppelmann auch Mitglieder des ständigen „Ausschusses Friedensfragen“ und des Präsidiums der Berlin-Brandenburgischen Synode an.<sup>52</sup> Nach Bekanntwerden dieses Vorhabens erteilte Staatssekretär Klaus Gysi „Frieden konkret“ I via Kirchenleitung die Auflage, daß keine Plenumsresolution verabschiedet und auch keine westliche Presse eingeladen werden dürfe. Das Konsistorium faßte am 1. März 1983 unter der Leitung Manfred Stolpes den Beschluß, alle staatlichen Auflagen zu erfüllen und die Restriktionen noch zu verstärken. Das Friedensseminar sollte nicht zur Plattform „einseitiger Positionen“ werden, weil damit die von den Evangelischen Kirchen der DDR vertretene Linie verlassen würde.<sup>53</sup>

### *„Frieden konkret“ I – Der Verlauf*

Am Samstag, den 5. März 1983, begann „Frieden konkret“ I. Mit den im Vorfeld geäußerten Befürchtungen begründete gleich zu Beginn der Veranstaltung das Mitglied der Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung, Präses Manfred Becker, warum das Treffen vom Königin-Elisabeth-Hospital in die Christusgemeinde Berlin-Oberschöneweide verlegt worden war. Er forderte die Anwesenden auf, diese Befürchtungen durch ihr Verhalten zu widerlegen. Anschließend stellten einige der 125 Anwesenden (am Sonntag waren noch etwa einhundert präsent) ihre verschiedenen Basisgruppen vor. Die thematische Arbeit erfolgte in fünf Gruppen. Der Sonntag begann mit einem Gottesdienst, den nur wenige Delegierte besuchten. Dem schloß sich ein weiteres Plenum an, auf dem Christoph Wonneberger noch einmal Kritik am sächsischen Landesbischof Johannes Hempel übte. Angesichts der zahlreichen Ausreisen appellierten andere an die anwesenden Teilnehmer, in der DDR zu bleiben und als „harter Kern“ die Bedingungen im Lande zu ändern. Nach dem Mittagessen wurde nochmals in Arbeitsgruppen diskutiert, wobei wegen der Auseinandersetzungen vom Vortag zu den Themen Jena, Wehrdienstverweigerung und Wehrunterricht weitere drei Untergruppen gebildet wurden. An die Gruppenarbeit schloß sich das Abschlußplenum an. In diesem stellten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor. Eppelmann notierte, daß unmittelbar nach „Frieden konkret“ fast vollständige Übereinstimmung unter den Oppositionellen in Ost-Berlin bestand. Sie bemerkten, daß die Staatsorgane sie nicht mehr verdrängen konnten und man nicht mehr in jedem Augenblick auf die Unterstützung der anderen Gruppen angewiesen war. Dies kehrte aber auch die Eigeninteressen und Charakterunterschiede aller Beteiligten stärker hervor,<sup>54</sup> die in den folgenden Jahren auf den Treffen von „Frieden konkret“, die nach ähnlichem Muster verliefen, noch offener zutage treten sollten.

### *Gründerzeit*

Fortsetzungsausschußmitglied Ines Fleckstein, die später als IM enttarnt wurde, faßte die Stimmung auf dem Treffen „Frieden konkret“ VII im Jahr 1989 in Greifswald folgendermaßen zusammen: Es habe keine Angst mehr vor Tabuthemen gegeben, auch die Machtfrage sei klar angesprochen und auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das MfS dagegen vermerkte eine gewisse Unschlüssigkeit der Gruppen; so hätten diese auf dem Treffen in Greifswald zur Wahrung ihrer Eigenständigkeit keine stärkere Zentralisierung

52 Vgl. Notiz über ein Gespräch mit dem Präses der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg M. Becker. In: Landesarchiv Berlin, C Rep. 104, Nr. 489.

53 Vgl. Neubert: Opposition, S. 475.

54 Vgl. Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993, S. 285.

der Strukturen zugelassen, was eine geschlossene Ausrichtung auf ihre antisozialistische Plattform verhindert hätte.

Der Fortsetzungsausschuß „Frieden konkret“ beschloß am 29. März 1989, Netzwerke wie INKOTA, „Arche“, Forschungsheim Wittenberg und „Solidarische Kirche“ sowie Experten wie Rudi Pahnke, Markus Meckel, Kurt Stauss und Aribert Rothe zum 1. Juli 1989 in die Berliner Sophienstraße zu einer Themenfindung für das Seminar 1990 einzuladen. Auf dieser erweiterten Sitzung des Fortsetzungsausschusses fragte Markus Meckel Fortsetzungsausschußmitglied und MfS-IM Wolfgang Schnur nach den rechtlichen Möglichkeiten für eine legale Parteigründung. Den mittlerweile entworfenen Text zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) stellte Meckel am Rande der Sommerakademie des Arbeitskreises „Solidarische Kirche“ Gruppenvertretern wie Ulrich Stockmann, dem Berliner Ehepaar Gerd und Ulrike Poppe und dem später als IM enttarnten Ibrahim Böhme vor. In der Bekenntnisgemeinde Berlin-Treptow versuchten Gruppenvertreter am 13. August 1989 eine landesweite politische Organisation aufzubauen. Nur zehn Tage später beschlossen in der Wohnung eines Dresdner Sozialdiakons Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert, Rudi Pahnke, Edelbert Richter wie auch Wolfgang Schnur, Friedrich Schorlemmer und andere die Bildung des „Demokratischen Aufbruchs“ (DA) und legten ein landesweites Treffen für den 1. Oktober 1989 fest. Am Rande eines Menschenrechtsseminars am 25./26. August 1989 in der Berliner Golphagemeinde stellte Meckel noch einmal seinen Parteigründungsentwurf vor und entschloß sich erstmalig zum öffentlichen Verlesen dieses Textes.

Die Forderungen nach der Einführung einer strikten Gewaltenteilung, parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft fanden schnell ihr Echo. Während die „Böhleener Plattform“, die Gründungserklärung der Gruppe Vereinigte Linke, am 4. September 1989 veröffentlicht wurde, konstituierte sich am 9. September 1989 in Grünheide bei Berlin das „Neue Forum“, vertreten durch 30 Mitglieder unabhängiger Gruppen aus mehreren DDR-Bezirken, unter ihnen Jens Reich, Bärbel Bohley und Rolf Henrich. Drei Tage später, am 12. September 1989, gründeten die Mitglieder des Arbeitskreises „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ mit ihrem Aufruf in eigener Sache und den Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR die Bewegung „Demokratie jetzt“. In Pankow kamen am 18. September 1989 Markus Meckel, Martin Gutzeit, Hans Misselwitz, Ehrhart Neubert wie auch Hans-Jürgen Fischbeck und Sebastian Pflugbeil mit anderen Vertreter der noch zu gründenden SDP, von „Demokratie jetzt“, „Neuem Forum“ und DA zusammen.<sup>55</sup> Repräsentanten dieser verschiedenen Gruppierungen trafen sich auch am 24. September 1989 in Leipzig, wo es jedoch zu keiner Verständigung unter ihnen kam. Das „Neue Forum“ wollte eine Dialogplattform, die SDP eine Partei, „Demokratie jetzt“ und DA waren gegenüber beiden Positionen verhandlungsbereit. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete etwas entstellend, daß dieses eigentlich für den 2. Oktober 1989 geplante Treffen um eine Woche vorgezogen worden war und daß sich die 80 Teilnehmer darauf geeinigt hatten, das „Neue Forum“ als Dachorganisation für die regionalen und thematischen Untergruppen anzuerkennen.<sup>56</sup> Bärbel Bohley korrigierte diese Darstellung in der *tageszeitung* vom 26. September 1989 mit der Aussage, daß das „Neue Forum“ lediglich eine Plattform sei.

55 Vgl. Beleites, Michael: Untergrund – Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin 1991, S. 229 f.

56 Vgl. Erstes Treffen der Oppositionsgruppen in der DDR. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25.9.1989.

Endgültig zu einer gemeinsamen Erklärung gelangte die sogenannte Kontaktgruppe am 4. Oktober 1989. Vertreter der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“, des DA, der Gruppe „Demokratische Sozialistinnen“, der IFM, der Initiativegruppe Sozialdemokratische Partei der DDR, des „Neuen Forums“ und Vertreter von Friedenskreisen erklärten sich solidarisch mit allen, die wegen ihres Einsatzes für ihre Ziele – wie die Verwirklichung der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und der KSZE-Dokumente – inhaftiert worden waren. Sie forderten, daß die UNO die nächsten DDR-Wahlen kontrollieren sollte, und beschlossen, zu prüfen, in welchem Umfang ein Wahlbündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten zu verwirklichen sei.<sup>57</sup>

### *Zusammenfassung*

Es waren überwiegend die Gründer von Friedenskreisen und anderen lokalen Initiativen, die sich für die regionale und überregionale sowie thematische Vernetzung der verschiedenen Basisgruppen besonders engagierten. Dies ist am Beispiel von Heiko Lietz exemplarisch darstellbar. Als Gründer bzw. Mitbegründer des Güstrower und Kessiner Friedenskreises sowie der Rostocker Schalomgemeinschaft verfügte er über langjährige Erfahrungen in der Gruppenarbeit. Daneben regte er sowohl thematische als auch regionale Selbstorganisationsinitiativen der Basisgruppen an. Er gründete die „Mobile Friedenswanderung“ im Westen Mecklenburgs, das Kessiner Friedensseminar wie auch im Jahr 1986 auf dem Treffen „Frieden konkret“ in Stendal die DDR-weite „Wehrdienstgruppe“. Regional war er von Beginn an in der „Arbeitsgruppe Frieden“ aktiv, übernahm im Jahr 1986 deren Vorsitz und gründete, um eine größtmögliche Unabhängigkeit von der Landeskirche zu gewinnen, später den „Koordinierungskreis für Basisgruppen“ (KOBÄ). Folgerichtig gehörte er zu den ersten Unterstützern des „Neuen Forums“. In allen genannten Netzwerken und Vereinigungen nahm er eine führende Position ein.

Die meisten dieser Zusammenschlüsse entstanden durch Krisen. Die frühen Bausoldatenvereinigungen wie das Königswalder Seminar waren eine Reaktion auf das umstrittene Wehrdienst- und Bausoldatengesetz. Friedenskreise in der DDR entstanden vor allem nach der Einführung des Faches Wehkundeunterricht im Jahr 1978. Sie erhielten verstärkten Auftrieb durch die „Initiative für einen Sozialen Friedensdienst“ oder die „Schwerter zu Pflugscharen“-Kampagne. Probleme mit der Braunkohle und andere ökologische Mißstände führten zeitgleich zu den Gründungen der ersten Umweltkreise und ihrer sukzessiven Vernetzung, vor allem im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl entstand die Kampagne „Tschernobyl ist überall“, welche den Beginn der Anti-AKW-Bewegung in der DDR markierte.

„Frauen für den Frieden“ gründeten sich im Zuge der Novellierung des Wehrdienstgesetzes im Jahre 1982. Spätestens 1984 organisierten sich auch die Ausreisewilligen, in institutionalisierter Form dann ab 1987 in der „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht“. Nicht allein, aber wesentlich mitbedingt durch die Amtsübernahme Michail Gorbatschows in Moskau im Frühjahr 1985 und den Einfluß der osteuropäischen Zivilgesellschaftsbewegung gründeten sich ab 1985/86 verstärkt auch in der DDR verschiedene Menschenrechtsgruppen. Manche Friedenskreise übernahmen die Menschenrechtsthematik. Somit ist festzustellen, daß die Initiative einiger weniger Oppositioneller, zusammen mit der Bereitschaft der Kirchen, ihnen nicht nur im Krisenfall ein Dach zu

<sup>57</sup> Vgl. Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft umzugestalten. Gemeinsame Erklärung der Kontaktgruppe vom 4. Oktober 1989. In: Neubert, Ehrhart: Die Opposition im Jahr 1989 – Ein Überblick. In: Buck u. a. (Hrsg.): Opposition in der DDR, Anhang, S. 459.

gewähren, wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich Netzwerke und andere Strukturen herausbilden konnten, die in den letzten Jahren DDR dazu in der Lage waren, eine große Anzahl von Menschen zu mobilisieren.

Diese Strukturen lassen sich grob unterteilen in themenorientierte und regionale Vernetzungen. So existierten neben den Öko-, Menschenrechts- und Friedensgruppen regionale Zusammenschlüsse der Basisgruppen wie die AGF und KOBA in Mecklenburg, ab 1987 die vier Basisgruppentreffen der Berlin-Brandenburgischen Kirche, das jährliche Treffen des Landesjugendpfarrers Sachsens mit den Basisgruppenvertretern der Landeskirche, das Samstagvormittagtreffen des Meißener Friedensseminars sowie regionale Verbände in Leipzig und Dresden. Das Basisgruppentreffen der Thüringer Gruppen integrierte zum Teil Gruppen der Kirchenprovinz Sachsen, die aber wie die Pommersche Landeskirche und die des Schlesischen Gebietes ohne eigene regionale Vernetzung blieben.

Manchen Gruppenvertretern gelang es – vorsätzlich oder zufällig –, sowohl in den regionalen als auch in den thematischen Zusammenschlüssen führende Rollen einzunehmen. Dies war überwiegend ein Phänomen der Nordbezirke. Heiko Lietz hat es beispielsweise zusätzlich zu seinen beschriebenen zahlreichen Gründungs- und Vernetzungsaktivitäten auch geschafft, einflußreiches Mitglied des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret“ zu werden.

Im Ergebnis dieser Institutionalisierung der Arbeit ist für die gesamte DDR ab Mitte der achtziger Jahre festzustellen, daß es für jedes Anliegen – sei es menschenrechtlicher, friedensethischer oder ökologischer Art – auf regionaler und nationaler Ebene organisierte Ansprechpartner gab, seien es die lokalen Basisgruppen oder andere Netzwerke, selbst wenn diese häufig nur wenige Personen umfaßten. In diesen Netzwerken wurde gleichberechtigt gearbeitet und diskutiert, in der Regel wurde über inhaltliche oder Personalfragen mit Mehrheitsbeschlüssen oder im Konsens abgestimmt. Über kirchliche Medien, Westmedien und über den kirchlichen Instanzenweg wurde eine wie auch immer geartete Öffentlichkeit gesucht und oft auch gefunden.

Waren diese Netzwerke jedoch bereits identisch mit der Herausbildung von „Zivilgesellschaft“? Der Begriff der Zivilgesellschaft wurde von den Oppositionellen der DDR in der Regel nicht gebraucht. Sie benutzten Synonyme. Spätestens ab Mitte der achtziger Jahre, vor allem durch die IFM, wurden die Zivilgesellschaftsschriften der mittelosteuropäischen Opposition studiert. Diese kreisten laut György Konrad im Kern um die Frage der Selbstorganisation. Auf diesem Feld hatte die DDR-Opposition bereits, wie in diesem Artikel beschrieben, erhebliche Erfahrungen gesammelt und auch einige bemerkenswerte Ergebnisse vorzuweisen, während sie bei der Entwicklung, Formulierung und Verbreitung eigener theoretischer Ansätze den ostmitteleuropäischen Bewegungen tendenziell eher nachstand. In der Gesamtbetrachtung waren praktische zivilgesellschaftliche Bestrebungen in der DDR im Vergleich zu denen in anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas, sieht man von Polen einmal ab, daher also eher überdurchschnittlich stark ausgeprägt, berücksichtigt man – wie hier getan – die fortgeschrittene Institutionalisierung und Vernetzung der menschenrechtlichen, ökologischen und friedensethischen Arbeit der zahlreichen lokalen Basisgruppen.

Damit soll jedoch nicht geleugnet werden, daß es auch Schwächen gab. So war zum Beispiel der anhaltende Konflikt zwischen den „Großschnauzen“ der DDR-Bewegung und den skeptischen Basisdemokraten, wie anhand von „Frieden konkret“ gut dokumentiert, Grund für mangelnde Beschlußfreudigkeit und Durchschlagskraft der DDR-Oppositionsbewegung. Zudem war der ideal gedachte Korpus aller Vernetzungen auch

Anlaß für Kritik und Absetzbewegungen, sowohl der eher basisdemokratisch Gesinnten als auch der elitär Handelnden. So zog sich das Friedensseminar Königswalde nach und nach aus „Frieden konkret“ zurück und veranstaltete ein eigenes Konzil. Thüringer Basisgruppenvertreter nahmen zwar weiterhin an „Frieden konkret“ teil, hielten das Treffen jedoch immer mehr für ineffizient und plädierten dafür, sich regional zu vernetzen. Sie gründeten 1986 nach dem strukturellen Vorbild von „Frieden konkret“ daraufhin ein eigenes regionales Netzwerk. In diesem achteten sie regelmäßig darauf, nicht nur „Superoppositionellen“ auf ihren Treffen das Wort zu geben.

Aber auch die „Superoppositionellen“ empfanden „Frieden konkret“ und andere Initiativen als zunehmend ungenügend. Auf dem letzten Kessiner Friedensseminar verlautbarten vor allem Markus Meckel und Gerd Poppe, daß mehr geschehen müßte. Sie, Heiko Lietz und andere gründeten daraufhin die Vipperower Konzeptionsgruppe. Ähnlich erging es Lietz und Meckel auf ihren „Mobilen Friedensseminaren“. Unabhängig voneinander scharten sie auf diesen Veranstaltungen, die zunehmend Urlaubscharakter annahmen, engere Zirkel um sich, mit denen sie die „eigentliche Arbeit“ betreiben wollten. Heiko Lietz sah im 1985 erstmals gewählten Fortsetzungsausschuß von „Frieden konkret“ eine kirchenunabhängige Oppositionsinstanz, welche frei von institutionellen und anderen Bedenken politisch agieren konnte. Letztendlich erlangten die Parteiengründungen des Jahres 1989 den radikalen Wirkungsgrad, der zuvor schon der Vipperower Oppositionsgruppe und anderen Zusammenschlüssen zgedacht war.

Neben diesen „inneren Zirkeln“ waren aber Zusammenkünfte wie „Frieden konkret“ wichtig für die Bildung informeller Netzwerke. Wie von Kurt Stauss vor der Bundestagsenquetekommission beschrieben, konnten hier DDR-weit Adreßlisten und Telefonnummern ausgetauscht werden, um im Ernstfall schnellstmöglich Informationen zu erlangen oder weiterzugeben und um zu bestimmten Anlässen zu mobilisieren.

Hier wäre einzuwenden, daß mit Selbstorganisation noch kein Widerstand geleistet wird. Die Auffassungen von György Konrad und anderen ostmitteleuropäischen Zivilgesellschaftstheoretikern sind diesbezüglich nicht ganz eindeutig. Winfried Thaa hingegen beschreibt in seinem Werk „Die Wiedergeburt des Politischen“ fünf Stadien der Entwicklung einer Zivilgesellschaft. Das erste Stadium besteht im Kampf um moralische Autonomie und die lebensweltlichen Grundlagen der Zivilgesellschaft, während er das zweite in der Entstehung von politischen Zivilgesellschaften im Medium unabhängiger Öffentlichkeiten sieht. Über das Stadium der gegenidentitären Gesellschaftsmobilisierung begibt sich die Zivilgesellschaft in die Phase des Dialogs. In diesem Stadium kollabiert die kommunistische Herrschaftsordnung, woraufhin im fünften und letzten Stadium sich ein demokratisches System etabliert.<sup>58</sup> Ein durchaus auf die DDR anwendbares Modell des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Staatsgewalt.

Verschiedene Wissenschaftler vergleichen die Oppositionsbewegungen Ostmitteleuropas zudem anhand der Themen, mit denen sich Oppositionelle vorwiegend beschäftigt haben. Zum entscheidenden Kriterium machen Christian Joppke und andere hier die Frage der Menschenrechte. Andere Autoren verweisen darauf, daß innerhalb der DDR-Opposition die Machtfrage und deutschlandpolitische Themen kaum eine Rolle gespielt hätten. Gegen diese Kritiker ist einzuwenden, daß es bis heute keine fundierte wissenschaftliche Studie zur Auseinandersetzung mit der Deutschen Frage innerhalb des Themen- und Aktionsfeldes der DDR-Opposition gibt. Dadurch sollten voreilige Schlüsse hinsichtlich dieser „Lücke“ möglichst vermieden werden. Ähnlich verhält es

58 Vgl. Thaa, Winfried: Die Wiedergeburt des Politischen. Opladen 1996, S. 193 f.

sich mit der Menschenrechtsdebatte. Spätestens seit der KSZE-Schlußakte von 1975 hatte diese eine legale Grundlage. Doch wurde diese von den DDR-Oppositionellen genutzt? Schon beim Königswalder Friedensseminar von 1975 beschäftigte sich Rudolf Albrecht als Referent recht ausführlich und kritisch mit dieser Thematik. Spätestens die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz im darauffolgenden Jahr löste eine breite Menschenrechtsdiskussion innerhalb der Kirche in der DDR aus. Mit Bildungs-, Frauen, Gerechtigkeits- und Teilhabefragen wurden regelmäßig Menschenrechtsfragen, auch bezogen auf die KSZE, angesprochen. Jedes „Mobile Friedensseminar“ in Mecklenburgs Osten thematisierte schon vor 1985 Menschenrechte, auch unter diesem Namen. Spätestens mit der Gründung der IFM und der Machtübernahme Gorbatschows erreichte diese Debatte auch „Frieden konkret“. Viele der öffentlich von „Frieden konkret“ und anderen Gruppen oder Seminaren erhobenen Forderungen zielten auf die Einhaltung der Menschenrechte. Da bis heute nur wenige deutschsprachige Publikationen über die ost- und mitteleuropäischen Bürgerbewegungen vorliegen und somit ein Vergleich erschwert wird, wäre es erneut falsch, voreilig zu behaupten, daß sich die DDR-Opposition hinsichtlich der Thematisierung von Menschenrechtsfragen wesentlich von den Oppositionsbewegungen in den Nachbarländern (mit Ausnahme von Polen) unterschieden hätte.

Eng an die Frage der Menschenrechte ist auch die Machtfrage geknüpft. Hier wird die These vertreten, daß durch die zunehmende Institutionalisierung der Basisgruppen unter dem Dach der einzigen verbliebenen unabhängigen Institution der DDR, der Kirche, in gewisser Weise auch die Machtfrage in organisatorischer Form gestellt wurde, wenn auch wenig offensiv. Zudem ist daran zu erinnern, daß dieselben Leute, die zuvor Friedensseminare und Basisgruppen organisiert hatten, 1989 diejenigen Akteure waren, die maßgeblich zur Gründung von Parteien und anderen wichtigen politischen Organisationen beitrugen. Wurde mit der SDP-Gründung, deren Vertreter mit den Begriffen Staat und Macht kein Problem hatten, erstmals und wirkungsvoll ein konkretes Konzept, das die Systemfrage stellte, auf den Tisch gelegt, so wurde mit der basisdemokratischen Gründung des „Neuen Forums“ eine Bewegung ins Leben gerufen, die auf ihre Art die Arbeit von „Frieden konkret“ fortsetzte. Dieses basisdemokratische Modell war der zivilgesellschaftliche, aber nicht mehr machtpolitisch wirksame Gegenentwurf zum dahinsiechenden DDR-Regime.